

Rechtsratgeber rassistische Diskriminierung
 Lebensbereiche
 Fragestellungen in Zusammenhang mit der fahrenden Lebensweise
 Diskriminierung durch Versicherungen (<https://www.rechtsratgeber-rassismus.admin.ch/d184.html>)

Diskriminierung durch Versicherungen

Beispiel: *Eine jenische Familie ist während vier Monaten sesshaft und reist während des restlichen Jahres durch die Schweiz und deren Nachbarländer. Die Frau wird wegen Kreuzbeschwerden arbeitsunfähig und kann nicht mehr im Trödelladen ihres Mannes mithelfen. Die Behörden lehnen ihr Gesuch um Gewährung einer IV-Rente ab, da sie für einen anderen Beruf voll arbeitsfähig wäre. Ein anderer Beruf ist jedoch nicht mit ihrem halbnomadischen Lebensstil vereinbar.*

Die Gewährung von Sozialversicherungsleistungen ist teilweise an Voraussetzungen gebunden, die auf eine sesshafte Bevölkerung ausgerichtet sind. Fahrende werden dadurch indirekt diskriminiert. Obligatorische Versicherungen sind jedoch – auch wenn sie privatrechtlich strukturiert sind – an das Diskriminierungsverbot in Art. 8 Abs. 2 BV gebunden, weil sie Verwaltungsaufgaben wahrnehmen.

Das Bundesgericht hat entschieden, dass für IV-Versicherte mit einer fahrenden Lebensweise nicht dieselben Arbeitsmöglichkeiten geltend gemacht werden können wie für Sesshafte. Die Forderung, eine standortgebundene Arbeit auszuüben und dadurch die (halb)nomadische Lebensweise aufzugeben, stellt eine Diskriminierung dar. Dieser Rechtsprechung des Bundesgerichtes kommt auch in anderen Bereichen des Versicherungswesens Bedeutung zu.

Eine Leistungsverweigerung kann auch strafrechtlich relevant sein, wenn eine Rassendiskriminierung vorliegt (Art. 261bis StGB).

Es ist wichtig, dass Verstösse gegen einschlägige internationale Normen schon von Anfang an gerügt werden. Wird die Beschwerde von der letzten schweizerischen Instanz (in der Regel handelt es sich um das Bundesgericht) abgelehnt, so besteht die Möglichkeit, den Entscheid an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) oder an den UNO-Ausschuss gegen Rassendiskriminierung (CERD) weiterzuziehen.

Spezialisierte Beratungsstellen

Vorgehen und Rechtsweg